

Aarau, 7. Dezember 2015
GV 2014 - 2017 / 183

Beantwortung einer Anfrage

Simon Burger (SVP); "Geplante Nutzung des Kantonsspitals als Asylbewerberunterkunft"

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Am 16. November 2015 hat Einwohnerrat Simon Burger (SVP) eine Anfrage betreffend "geplante Nutzung des Kantonsspitals als Asylbewerberunterkunft" eingereicht.

Die Anfrage kann wie folgt beantwortet werden:

Frage 1: Die Region Aarau trägt bereits heute einen überdurchschnittlich grossen Teil der Asyllast. Wie stellt sich der Stadtrat zu den Plänen des Kantons?

Der Stadtrat ist sich der besonderen Lage im Bereich Asylwesen in der Schweiz und insbesondere im Kanton Aargau bewusst. Er hat deshalb auch Verständnis dafür, dass die geschützte Operationsstelle (GOPS) des Kantonsspitals Aarau geöffnet werden muss. Der Stadtrat will einerseits seinen Beitrag zur aktuellen Asylsituation leisten, er stellt aber auch ganz konkrete Forderungen an den Kanton, die er zusammen mit den Gemeinden Buchs und Suhr bereits der Regierung mitgeteilt hat. Es sind dies:

Kommunikation und Einbezug der Gemeinden

- Offene, zeitnahe und transparente Kommunikation mit den Gemeinden und der Bevölkerung durch den Kanton
- Aufklärungsarbeit für die Gemeinden und für die Bevölkerung
- Einbezug der Gemeinden in die mittel- und langfristige Strategie des Kantons im Asylbereich
- Regelmässiger Austausch auf politischer Ebene
- Thematisierung Folgekosten für Gemeinden
- Monatliche Information über die Verteilung der Asylbewerber/-innen und Flüchtlinge auf die Gemeinden
- Solidarität der Gemeinden

Betreuung

- Adäquate Betreuung der Asylsuchenden
- Tagesstrukturen und Schulung für Einzelpersonen, Familien und unbegleitete Minderjährige
- Sicherheit im öffentlichen Raum
- Finanzierung einer Anlaufstelle und Koordination für Aktivitäten Freiwilliger
- Bereitstellung öffentlicher Infrastruktur



- Regelung der kantonalen Kostenbeteiligung
- Entlastungsmassnahmen für die Schulen vor Ort
- Sicherstellung adäquater personeller und finanzieller Ressourcen

Im Zusammenhang mit der Informationsveranstaltung wurden in einer Vorbesprechung mit den Vertretungen des Departementes Gesundheit und Soziales auch nachstehende Themen konstruktiv besprochen:

- Sicherheitskonzept
- Kommunikation, Anlaufstelle Kanton, Hotline
- Betreuung und Tagesstrukturen
- Personelle Ressourcen
- Koordinationsstelle für Freiwillige
- Begleitgruppe für die Zentren Aarau, Buchs, Suhr

Der Stadtrat ist sich seiner Verantwortung gegenüber der Bevölkerung und der Asylsuchenden sehr bewusst und setzt sich mit aller Kraft dafür ein, dass ein gutes Zusammenleben von Schweizer/-innen und Asylsuchenden möglich ist.

Frage 2: Bereits in den Jahren 2001 und 2002 wurden in der GOPS Asylbewerber untergebracht. Damals soll es zu täglichen Belästigungen des Personals und der Besucher gekommen sein und zu Alkohol- und Drogenexzessen. Wöchentlich sei es zu Diebstählen und Einbrüchen gekommen. Zudem sollen sich eine Vergewaltigung und zwei Vergewaltigungsversuche ereignet haben. Das Areal des KSA verkam damals offenbar und wurde zu einem beliebten Treffpunkt für Randständige, Prostituierte und Drogensüchtige.

- a) Was wird unternommen um eine Wiederholung der damaligen Ereignisse zu verhindern?
 - b) Wird die Stadt oder der Kanton Einwohner, die entsprechend geschädigt wurden schadlos halten?
 - c) Was unternimmt der Stadtrat, damit die kantonalen Strafverfolgungsbehörden entsprechende Probleme konsequent ahnden?
 - d) Wird der Stadtrat für eine grossräumige Überwachung des öffentlichen Grundes (z.B. Überwachungskameras) um die GOPS sorgen? Welche Kosten wird dies nach sich ziehen? Wer zahlt diese Kosten?
 - e) Werden die täglichen Ein- und Austritte der Bewohner kontrolliert und registriert?
 - f) Wie wird verhindert, dass sich "Fremdschläfer" einnisten?
- a) Zwischen dem Kantonsspital Aarau, den Blaulichtorganisationen und den Vertretern des Kantons ist unter Einbezug der Gemeinden von Aarau, Suhr und Buchs ein Betreuungs- und Sicherheitskonzept erarbeitet worden. Dessen Standards bewähren sich im Betrieb an den GOPS-Standorten Baden, Muri und Laufenburg. Das Konzept dient der gemeinsamen Ausrichtung aller sicherheitsrelevanten Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Unterbringung und Betreuung von Asylsuchenden in der GOPS Aarau und hat einen störungsfreien Betrieb zum Ziel. Die Betreuungsfirma ORS Service AG sorgt in ihrem Zuständigkeitsbereich für einen effi-



zienten und sicheren Betrieb mit einer Rund-um-die-Uhr-Präsenz. Dadurch wird allfälligen Problemen entgegengewirkt und das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung und die Sicherheit für den Spitalbetrieb gesteigert. Für die Bevölkerung und das Spitalpersonal steht im Bedarfsfall eine Hotline zur Verfügung, die rund um die Uhr besetzt ist.

- b) Bei zunehmender Anzahl von Asylsuchenden sind Störungen nicht auszuschliessen. An regelmässigen Sitzungen der beteiligten Partner wird gegenseitig über die aktuelle Lage und besondere Vorkommnisse orientiert. Anhand der gemeinsamen Lagebeurteilung werden die notwendigen Massnahmen beschlossen. In Krisen- oder Notsituationen erfüllen die Betreuerinnen und Betreuer der ORS eine Vermittlerfunktion und weisen an geeignete Stelle weiter. Die Betreuenden sind dafür ausgebildet, in Notfällen richtig zu handeln. Bei Verdacht auf strafbare Handlungen oder im Verdachtsfall wird die Polizei informiert. Bei ausserordentlichen Vorfällen aller Art (z. B. Brände, Gewaltanwendung, Einbruch) werden die zuständigen Stellen unverzüglich informiert. Der Stadtrat kann hier nur für die Stadt sprechen. Aus deren Sicht ist die Frage mit "Nein" zu beantworten. Eine Haftung der Stadt könnte nur in Frage kommen, wenn jener ein entsprechender Vorwurf gemacht werden könnte. Im Übrigen bleibt eine Strafverfolgung gegen Fehlbare vorbehalten.
- c) In der Begleitgruppe "Südallee 22 und GOPS" haben neben dem Stadtrat auch Vertreter der Kantonspolizei Aargau, der Regionalpolizei Suret und der Stadtpolizei Aarau Einsitz. Die Polizeiorganisationen pflegen einen gezielten Führungsrhythmus, wenn nötig mit täglichem Kontakt. Damit ist gewährleistet, dass ein direkter und verzugsfreier Austausch zwischen den verschiedenen beteiligten staatlichen und kommunalen Ebenen stattfindet, namentlich im polizeilichen Bereich. Neben der ordentlichen Patrouillentätigkeit im Rahmen des gesetzlichen Auftrags gemäss Polizeigesetz PolG sind die Polizeiorganisationen bereit und in der Lage, ihre Kontrolltätigkeit gezielt anzupassen. Kantons-, Regional- und Stadtpolizei werden mit Sicherheit sämtliche festgestellten strafbaren Handlungen zur Anzeige bringen. Sie sind dazu von Amtes wegen auch verpflichtet. Wichtig erscheint dem Stadtrat dann aber auch, dass bei erfolgten Verzeigungen die Strafuntersuchungsbehörden (Staatsanwaltschaft) sowie das Migrationsamt ebenso ihre Rollen wahrnehmen und zeitnah reagieren. Die gesetzlichen Möglichkeiten sollen auch durch diese kantonalen Amtsstellen gezielt wahrgenommen und die notwendigen Ressourcen sachgerecht und speditiv eingesetzt werden. Nur gemeinsam kann in diesem Bereich der Rechtsstaat durchgesetzt werden. Der Stadtrat nimmt in der vorliegenden Sache wenn nötig zudem direkt Einfluss auf das Vorgehen der Stadtpolizei und er wird auch die kantonalen Ämter dementsprechend informieren und seine Erwartungen dezidiert kundtun.
- d) Die Überwachung des Areals ist Aufgabe des Kantons, der auch für die Kosten aufkommen muss. Er hat auch schon verschiedene bauliche Vorkehrungen getroffen. Und wie auch schon erwähnt, besteht zudem ein Sicherheitskonzept.
- e) Dem Stadtrat ist es wichtig, an dieser Stelle ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass Massnahmen zur Sicherheit unbedingt notwendig sind, dass aber nicht nur technische und repressive Massnahmen getroffen werden müssen, sondern auch präventive. Hierzu zählt der Stadtrat die Schaffung von Tagesstrukturen, die den Asylsuchenden ermöglicht, einer sinnvollen Tätig-



keit nachzugehen. Das Gesundheitsdepartement setzt sich dafür ein, dass hierfür auch Mittel gesprochen werden können. Zurzeit engagiert sich die Fachstelle Integration der Stadt Aarau sehr intensiv für den Aufbau von Tagesstrukturen.

- f) Die täglichen Ein- und Austritte der Bewohner werden durch die ORS registriert und kontrolliert.
- g) Mittels Präsenzkontrolle stellt die ORS deren Aufenthaltsort sicher. Jeder Besucher muss im Büro der Betreuungsorganisation angemeldet werden. Auf den Zimmern/Schlafräumen sind keine Besucher zugelassen. Das gesamte Betreuerteam ist ermächtigt, jederzeit und ohne Angabe von Gründen u.a. Zimmer- und Personenkontrollen durchzuführen. Dadurch wird verhindert, dass sich "Fremdschläfer" in der GOPS aufhalten.

Frage 3: Das Pflegepersonal des Kantonsspitals, oftmals junge Frauen, arbeiten unregelmässig und auch in der Nacht. Ist sichergestellt, dass es zu keinen Übergriffen kommt?

Mit den umfassenden Massnahmen des Betreuungs- und Sicherheitskonzepts wird das Risiko von Übergriffen minimiert.

Frage 4: Die im Kantonsspital untergebrachten Patienten brauchen Ruhe, Erholung und Entspannung um gesunden zu können. Ihre Angehörigen und die Mitarbeitenden des Kantonsspitals brauchen ein psychisch stressfreies Umfeld. Was wird der Stadtrat unternehmen, damit die erwähnten Personengruppen trotz Unterbringung von 300 Asylsuchenden physisch und psychisch in Ruhe gelassen werden?

Das ganze Areal des Kantonsspitals wird zur sensiblen Zone erklärt, was bedeutet, dass die Asylsuchenden diese nicht betreten dürfen. Im Umfeld des Ausgangs der GOPS werden entsprechende bauliche Massnahmen getroffen. Es wird hier aber auch die Aufgabe der Leitung und der Betreuungspersonen der GOPS sein, das Verständnis der Asylsuchenden für diese Vorkehrungen zu wecken und zu fördern.

Frage 5: Die GOPS dient der Bewältigung von Krisensituationen. Was für Pläne existieren für den Fall, dass zufolge eines Grossereignisses (z.B. AKWUnfall) die GOPS benötigt wird?

Grundsätzlich ist es so, dass Patientinnen und Patienten auch bei Ereignissen mit grossem Patientenansturm wenn immer möglich oberirdisch behandelt und betreut werden sollen. Die Aktivierung der unterirdischen Spitäler ist das letzte Mittel. Bei einem Ereignis mit grossem Patientenansturm und insbesondere auch in den ersten 48 Stunden, die – unabhängig von der Belegung durch Asylsuchende – benötigt werden, um das geschützte Spital bzw. den geschützten Operationssaal zu aktivieren, werden Patientinnen und Patienten wenn immer möglich auf bestehende Spitalstrukturen verteilt. Dies nötigenfalls schweizweit oder auch ins grenznahe Ausland. Ein weiterer denk-



barer erster Schritt wäre die Einrichtung von provisorischen Sanitätshilfestellen (zum Beispiel in Turnhallen oder in Sanitätszelten der Armee). Zudem würden die Patientinnen und Patienten nach Schwere der Verletzungen eingeteilt. Erst in einem letzten Schritt und nur bei wenigen Szenarien würden die geschützten Spitäler (GOPS) zum Zug kommen.

Im Falle des Eintretens eines Grossereignisses, in welchem die GOPS für die eigene Bevölkerung gebraucht würde (Ereignisse mit grossem Patientenansturm wie Katastrophen, Notlagen, schwere Mangellagen) wird die GOPS innert 48 Stunden geräumt und als Unterbringungs- und Betreuungsstelle für die Wohnbevölkerung bereitgestellt. Der Bezug der GOPS durch die Bevölkerung wird durch die Zivilschutzorganisation sichergestellt (inkl. Evakuierung und/oder Neuunterbringung der Asylsuchenden aus der GOPS). Den entsprechenden Planungsauftrag erfüllt der Sonderstab Evakuierung im Kantonalen Führungsstab KFS.

Frage 6: Rechnet der Stadtrat mit der Unterbringung von weiteren Asylbewerbern in der Stadt Aarau? Wenn ja wo und in welcher ungefähren Zahl? Welche Möglichkeiten hat die Stadt Aarau um dies zu verhindern?

Der Stadtrat rechnet nicht mit weiteren Asylsuchenden. Umso mehr, als andere Gemeinden des Kantons ihren Beitrag zur Bewältigung des Problems bisher nicht leisten. Dies hat der Stadtrat auch gegenüber dem Kanton deutlich zum Ausdruck gebracht. Falls sich jedoch die Asylsituation von der aktuellen "Besonderen Lage" in eine sogenannte "Ausserordentliche Notlage" wandelt, würden die Zivilschutzanlagen der Stadt Aarau vom Kanton mit Asylsuchenden belegt.

Im Namen des Stadtrats

Jolanda Urech
Stadtpäsidentin

Stefan Berner
Vize-Stadtschreiber